

Marcin Zaborowski

## Polens Westgrenze - Zwischen rationaler Politik und historischer Erinnerung

### Einführung

Seit dem Ende des Kalten Krieges entwickelten sich die deutsch-polnischen Beziehungen<sup>1</sup> in dynamischer Weise. In der zwischenstaatlichen Kooperation ist dieser Fortschritt besonders erkennbar. Immens verstärkte sich der Handelsaustausch, und Deutschland wurde für Polen ein erstrangiger Handelspartner.<sup>2</sup> Auf dem Feld der Außenpolitik war das Ergebnis gleichermaßen beeindruckend. Deutschland unterstützt aktiv Polens Antrag auf Mitgliedschaft in der NATO und EU. Die Beschleunigung im Prozeß der Erweiterung dieser zwei Institutionen wurde weitgehend dank der Bemühungen der deutschen Diplomatie erreicht. Polen und Deutschland formierten zusammen mit Frankreich eine besondere kooperative Beziehungsstruktur, das „Weimarer Dreieck“.<sup>3</sup> Es symbolisiert eine Verlängerung der französisch-deutschen Achse nach Osten. Ebenso entfaltete sich eine militärische Kooperation; dazu gehört u.a. die Einrichtung einer gemeinsamen Brigade zusammen mit Dänemark.

Jedoch waren diese offiziellen zwischenstaatlichen Entwicklungen von einer viel langsameren Gangart bei der Veränderung der gesellschaftlichen Haltungen begleitet. Im öffentlichen Denken dominiert nach wie vor wechselseitiges Mißtrauen. Auf deutscher Seite herrschen Indifferenz, oftmals Desinteresse vor. Es scheint, daß zwar die Versöhnung von den polnischen und deutschen Regierungen ernst genommen wurde, aber die beiden Gesellschaften nicht nur deutlich weniger bemüht, sondern auch nicht bereit sind, einander freundschaftlicher anzusehen. Und betrachtet man die Kooperation zwischen den Regierungen näher, dann zeigt auch diese, wie das Gespenst der Vergangenheit fortgesetzt die gegenseitigen Beziehungen überschattet. Das zeigte die Debatte über die Grenze in den Jahren 1989/1990 nachdrücklich.

---

\* Aus dem Englischen übersetzt von Hans Maretzki.

<sup>1</sup> Der Beitrag behandelt die Beziehungen zwischen Polen und der Bundesrepublik Deutschland. Das Verhältnis, das Polen zur DDR hatte, wird hier weitestgehend ausgeklammert.

<sup>2</sup> Vgl. den Themenschwerpunkt „Deutschland und Polen – Wege zu einem neuen Verhältnis“ in WeltTrends Nr. 13, Winter 1996.

<sup>3</sup> Siehe: Jerzy Buzek, 'Polska w Kregu Cywilizacji Zachodniej', in: 'Expose prezesa Rady Ministrow profesora Jerzego Buzka', Rzeczpospolita, 12. 11. 97.

Die ‚Negativhaltung‘ auf der östlichen Seite der Oder ist meines Erachtens fast ausschließlich historisch motiviert. Das Image Deutschlands und der Deutschen bleibt in Polen von den tragischen Erinnerungen an den Zweiten Weltkrieg beherrscht. Zusätzlich jedoch ist diese Erinnerung von verschiedenen ‚politischen Spielern‘ gebraucht und teils auch mißbraucht worden, um eigene Interessen zu verfolgen.

Dieser Beitrag geht davon aus, daß der Prozeß der polnisch-deutschen Versöhnung tatsächlich noch weit von seiner Verwirklichung entfernt ist. Die politischen Auffassungen aus der historischen Erinnerung stellen den Kern des Problems dar und behindern innerhalb Polens signifikante Veränderungen in der öffentlichen Sicht auf Deutschland. Aus polnischer Perspektive richtet sich dieser Beitrag auf zwei Problemkreise, die mit der kollektiven Wahrnehmung der polnisch-deutschen Nachbarschaft über die Grenze an Oder und Neiße hinweg verbunden sind. Erstens wird auf den Prozeß bewußter Anpassung der kollektiven Erinnerung eingegangen, was dazu dient, außenpolitische Orientierungen zu unterstützen oder sie anzufechten. In diesem Problembereich werden zwei konkurrierende Versionen zur Geschichte der Nachbarschaft skizziert. Nachfolgend werden die Motive und die Bedeutung der Initiative des polnischen Episkopats aus dem Jahre 1965 untersucht.

Den zweiten Schwerpunkt bildet der Einfluß dieser kollektiven Erinnerung auf die aktuelle Regierungspolitik. In diesem Abschnitt wird das Verhalten der Regierung während der „Grenzkrise“ von 1989 -1990 analysiert. Während dieses Ereignisses war das Einwirken der historisch geformten kulturellen Dimension auf die aktuelle Position der polnischen Regierung offensichtlich.

### **Konzeptionelles: Reflexives versus rationales Herangehen**

Geht man von den Theorien über die internationalen Beziehungen aus, bei denen die Hauptlinie der Dispute zwischen rationalistischen, dem *rational-choice* verpflichteten Herangehensweisen und reflexiv-betrachtenden, den sozialen Kontext beachtenden Vorstellungen verläuft, dann ist die vorliegende Darstellung eher dem zweiten Ansatz zuzuordnen. Sie rückt die innergesellschaftliche Dynamik in das Zentrum der Außenpolitik und wendet sich gegen den Begriff einer objektiven, ‚rationalen‘ Politik. In diesem Kontext ist der Autor mit nachfolgenden drei vom *rational choice*-Ansatz favorisierten Argumenten nicht einverstanden.

1. Es heißt, Kultur und Identität würden keine Entwicklungen im Bereich der internationalen Beziehungen verursachen; sie würden nur innere Befähigungen ausdrücken. In äußerer Hinsicht würde Kultur bestenfalls absichtlich eingesetzt, um den individuellen Interessen rationaler Akteure zu dienen.<sup>4</sup> Dieser Beitrag wird jedoch gerade die historische Erinnerung, die eine bedeutende Dimension der ‚politi-

<sup>4</sup> John Mueller, ‘The Impact of Ideas on Grand Strategy’, in: Richard N. Rosecrance and Arthur A. Stain, eds., *The Domestic Bases of Grand Strategy.* Ithaca: Cornell University Press, 1993.

schen Kultur‘ ist, als zentralen Bereich für außenpolitisches Verhalten darstellen. Die politisch Handelnden (welche auch in diesem Kontext nicht auf die Regierung beschränkt sind) versuchen, die kollektive Erinnerung zu formen und zu beeinflussen. Sie werden jedoch zugleich auch von ihr beeinflusst und ihre Handlungen sollten nicht als sozial isoliert angesehen werden.

2. Das nationale Interesse bestehe primär nach außen und sei durch engagierte rationale Akteure ‚herauszufinden‘.<sup>5</sup> Dieser Beitrag richtet sich auf den Vorgang der ‚Bestimmung‘ nationalen Interesses im Prozeß sozialer Interaktion. Er untersucht den Aufbau konkurrierender Versionen des nationalen Interesses durch verschiedene politische Akteure, die unterschiedliche politische Ziele haben, die wiederum von subjektiven Werten und Glaubensvorstellungen stimuliert werden.<sup>6</sup>

3. Staaten seien einheitlicher Natur und in sich undifferenziert im außenpolitischen Verhalten.<sup>7</sup> Die folgende Darstellung betrachtet die Quellen von Außenpolitik als nicht auf individuelle bürokratische Aktionen rational Handelnder begrenzt, sondern sieht sie eher in einem breiteren sozialen Kontext. Dazu werden die polnisch-deutschen Beziehungen im größeren Rahmen intergesellschaftlicher Dynamik untersucht und nicht nur in jenem innerhalb eines Regierungssystems.

Die angedeutete Klassifikation des Herangehens an internationale Beziehungen ist absichtlich sehr allgemein; außerdem sollte nicht übersehen werden, daß es auch substantielle Unterschiede innerhalb der rationalen und der reflexiven Paradigmen gibt. So teilen beispielsweise traditionelle neoliberale Theorien die Annahme der Realisten, daß Außenpolitik vor allem durch objektive nationale Interessen angetrieben wird und daß rationale Kalkulationen eher durch internationale Strukturen als durch subjektiv getragene Erinnerungen, Werte und einen Glauben bestimmt werden.<sup>8</sup>

Dieser Beitrag setzt voraus, daß ein gemeinschaftliches System der Werte und Glaubensvorstellungen, die einer bestimmten Gesellschaft gemeinsam sind, gewichtig auf die Regierungspolitik sowie die nichtformellen Entwicklungen in der Sphäre der Außenpolitik einwirkt. Kultur wird hierbei nicht nur als subjektive Reflexion einer objektiven Realität aufgefaßt, sondern so, daß beide Variablen in einem ständigen Prozeß der Interaktion gesehen werden.<sup>9</sup> Die Erinnerung, die Werte und der Glauben fußen meist auf wirklichen, ‚realen‘ Tatsachen, obwohl diese im Prozeß

<sup>5</sup> Hans J. Morgenthau, *Politics Among Nations :The Struggle for Power and Peace*, New York: Knopf, 1960.

<sup>6</sup> Alexander Wendt, ‚Anarchy Is What States Make of It: The Social Construction of Power Politics‘, *International Organisations* 46, no.2 (Spring 1992).

<sup>7</sup> Kenneth N. Waltz, *Theory of International Politics*, Reading, Mass.: Addison -Wesley, 1979.

<sup>8</sup> Zur weiteren Diskussion dazu siehe: Thomas U. Berger, ‚The Past in the Present: Historical Memory and German National Security Policy‘, *German Politics*, Vol 6, No.1 ( April 1997), S. 41.

<sup>9</sup> Ebenda, S. 44.

der gesellschaftlichen Aneignung subjektiviert werden. So beruhen die historischen Erinnerungen an den Zweiten Weltkrieg auf Ereignissen, die tatsächlich geschahen und nicht zu leugnen sind.

Dennoch ist die gesellschaftliche Wahrnehmung der polnisch-deutschen Beziehungen, die stets antagonistisch angesehen wurden, ihrer Natur nach subjektiv; sie könnte auch anders gesehen und vielleicht sogar grundlegend überdacht werden. Es erscheint mir wichtig, daß das Werden einer Kultur nicht nur in ständiger Interaktion mit der Realität erfolgt, sondern es ist auch zu beachten, daß keine Kultur homogen ist. Demgemäß war trotz der überwältigenden psychologischen Auswirkung des Krieges die Gestaltung der polnisch-deutschen Beziehungen seitens der polnischen Gesellschaft niemals einheitlich. So wurde das negative Image Deutschlands durch die kommunistischen Regierungen vor 1989 absichtlich erhalten und noch verstärkt, um den eigenen politischen Interessen zu nützen. Andererseits wurde dieser fatalen Auffassung durch die katholische Kirche und einige antikommunistische Intellektuelle widersprochen, die gegen die Ordnung von Jalta auftraten.

In einem demokratischen System können die Akteure verhandeln und Kompromisse schließen. Das war in Polen vor 1989 jedoch nicht möglich. Infolgedessen wurden diese unterschiedlichen Sichtweisen auch ungenügend von den Regierungen reflektiert. Anders gesagt: die politische und kulturelle Unterschiedlichkeit und damit die verschiedenen Standpunkte hinsichtlich Deutschlands wurden keineswegs in formellen Strukturen institutionalisiert. Das führte zu einer Situation, in der eine für die Gesellschaft repräsentative Konzeption zur deutschen Frage nicht innerhalb der Regierung zu finden war, sondern nur außerhalb von ihr.

## **Konstruierte Versionen polnisch-deutscher Beziehungen**

Die turbulente Geschichte der polnisch-deutschen Beziehungen lastet weiterhin stark auf den öffentlichen Haltungen und damit auch auf der gegenseitigen Verständigung. Nicht weniger als 60% der Polen denken, daß die tragische Erfahrung der Vergangenheit weiterhin die bilateralen Beziehungen vergifte.<sup>10</sup> Die öffentliche Auffassung über die von Deutschen begangenen Verbrechen im Zweiten Weltkrieg ist ziemlich einhellig. Darüber hinaus sind zwei konkurrierende Versionen zur Geschichte der polnisch-deutschen Beziehungen konstruiert worden:

Das am meisten tragische Kapitel der polnisch-deutschen Geschichte wurde vor 1989 von den regierenden Kommunisten genutzt, die nachdrücklich ein Image „ewiger Feindlichkeit“ im gegenseitigen Verhältnis schufen. Gemäß dieser Interpretation der Geschichte wurde Polen stets von aggressiven Sachsen, Teutonen oder Deutschen bedroht. Diese Aggressivität verstärkte sich mit der deutschen Reichseinigung Ende des 19. Jahrhunderts und kulminierte unter der Naziherrschaft. Nach dem Krieg

---

<sup>10</sup> Ludwik Janiszawski, *Niemcy w Swiadomosci Polakow*. Rys Socjologiczny, Szczecin 1995, S. 62.

schmolz sie ab, ohne jedoch zu verschwinden. So fürchten manche: „Zur passenden Zeit wird Deutschland, von US-amerikanischer Unterstützung gestärkt, eine Rückgabe der Territorien fordern, die Polen nach dem Krieg erwarb, und es wird die polnische Staatlichkeit wieder bedrohen.“<sup>11</sup> Gleichzeitig wird vorausgesetzt, daß Polen niemals seine östlichen Territorien zurückerhält, die es wegen der Sowjetunion verlor.<sup>12</sup>

Das polnisch-deutsche Szenario ‚schlechter Nachbarschaft‘ erwies sich als recht resistent, was auch nicht überrascht, bedenkt man, daß ein Teil des Images nicht so fern von der Realität war. Bismarcks ethnische Politik war antipolnisch, die Nazi-Verbrechen sind nicht anzufechten und nacheinander stellten westdeutsche Regierungen die polnische Westgrenze infrage. Polens Kommunisten hatten mit der Monopolisierung der Erziehung und der Medien zugleich alle Möglichkeiten, ihre Version zu popularisieren.<sup>13</sup> Die so aufgebaute Sicht der Geschichte der polnisch-deutschen Beziehungen war darauf gerichtet, die Auffassung der PVAP vom ‚nationalen Interesse‘ zu rechtfertigen und zu stärken. Das beruhte zu einem wesentlichen Teil auf der Voraussetzung, daß Polen in der Allianz mit der Sowjetunion bleiben müßte, welche allein die polnische Westgrenze gegen den deutschen Revisionismus verteidigen würde.

Allerdings war es ziemlich schwierig, die Version vom ‚ewigen polnisch-deutschen Antagonismus‘ mit der offiziell deklarierten Freundschaft zur DDR in Einklang zu bringen. Trotz verschiedener Versuche, etwa dem, die DDR-Bevölkerung als die ‚guten Deutschen‘ und frei von Faschisten darzustellen, die alle nach Westdeutschland geflohen seien, gelang es nicht, mit diesem argumentativen Widerspruch fertig zu werden. In Wirklichkeit bestand immer eine latente Spannung, auch in den offiziellen Beziehungen zwischen Polen und der DDR. Das galt speziell in der Periode von 1981 bis 1989, als die DDR die Grenze zu Polen schloß, um den Einfluß antikommunistischer Ideen von dorthier einzudämmen. Auf die Dauer führte das offensichtlichere Unbehagen in den gegenseitigen Beziehungen u.a. zu einem Protest der polnischen Regierung gegen Operationen der Staatssicherheit der DDR in Polen. Später kam es zu einem offenen diplomatischen Konflikt, der aus Kontroversen um die Seegrenze in der Stettiner Bucht erwuchs.<sup>14</sup>

<sup>11</sup> Jakub Berman. in: Toranska T. Oni , Agencja Omnipress, Warszawa 1989, S.119. Eine Argumentation im selben Sinne: Slowo Powszechna, March 21, 1958; auch in Englisch: Brzezinski, Z. The Soviet Block, Unity and Conflict, Harvard University Press, Cambridge, Massachusetts, 1960, S. 363.

<sup>12</sup> Jakub Berman, ebenda.

<sup>13</sup> Siehe: Zbigniew Mazur, ‚Wplyw Paradygmatu Klasy na Obraz Niemiec w Podrecznikach Szkolnych Nauczania Historii‘ und Tadeusz S.Wroblewski ‚Tematyka Niemiecka w Polskim Filmie Fabularnym‘ in: Anna Wolff-Poweska, Hrsg., Polacy Wobec Niemcow. Z Dziejow Kultury politycznej Polski 1945-1989, Poznan 1993.

<sup>14</sup> Andrzej Sakson, Niemcy w Swiadomosci Spolecznej Polakow, in: Anna Wolff-Poweska, Hrsg., ebenda, S. 420.

## Ein alternativer Blick auf die Geschichte der Grenznachbarschaft

Die gewichtige Rolle des ‚deutschen Faktors‘ behinderte erheblich die Schaffung eines alternativen Verständnisses vom ‚nationalen Interesse‘, eines, das für die polnische Gesellschaft überzeugend sein konnte. Auch die internationalen Entwicklungen, das Aufkommen des Kalten Kriegs und die Teilung Europas hatten lange Zeit nicht dazu ermutigt, eine Revision der Geschichte polnisch-deutscher Beziehungen vorzunehmen. So wurde erst Mitte der 60er Jahre eine neue Sicht auf die Deutschen durch die katholische Kirche verkündet, als 1965 die polnischen Bischöfe sich an ihre deutschen Kollegen wendeten, um eine Versöhnung einzuleiten.<sup>15</sup>

Die katholische Kirche nimmt in Polen eine außergewöhnlich starke Stellung ein. Das hatte auch Implikationen für die Vorstellungen von einer Zivilgesellschaft, denn unter dem Kommunismus war die Kirche die alleinige Institution, die der offiziellen Regierungslinie zu widersprechen vermochte. Und noch wichtiger für die Entwicklung der polnisch-deutschen Beziehungen war, daß die Kirche auch ohne Schaden für ihr eigenes Ansehen solchen Standpunkten entgegnetreten konnte, die von der Mehrheit der Gesellschaft eingenommen wurden. Als das Tabu des ‚ewigen Antagonismus‘ einmal gebrochen war, konnten auch andere politische Kräfte, die nichtkatholische Opposition eingeschlossen, der Argumentation für eine Versöhnung folgen.<sup>16</sup>

Die episkopale Initiative sollte den Impuls geben, um einen Ausweg aus dem scheinbar geopolitischen Teufelskreis zu finden: durch Versöhnung mit Deutschland und gegen die Unterordnung unter die Sowjetunion. Der Gedanke als solcher wurde durch verschiedene oppositionelle Gruppen, die sich für die Herausbildung einer neuen Philosophie der internationalen Beziehungen Polens engagierten, weiter entwickelt. Diese Aufgabe verlangte auch ein gründliches Durchdenken der polnisch-deutschen Beziehungen.

Neue Interpretationen der Geschichte, von verschiedenen Oppositionellen geschrieben, betonten den „inspirativen Effekt der deutschen Kultur“.<sup>17</sup> Es wurde hervorgehoben, daß während der turbulenten Periode europäischer Geschichte zwischen dem Ende des 15. und dem Ende des 18. Jahrhunderts (1466-1764) die Grenze zwischen Polen und Deutschland ungestört blieb.<sup>18</sup> Wenn die Polen auf die deutsche Spaltung der Nachkriegszeit blickten, so zeigten sie dabei auch Einfühlungsvermö-

<sup>15</sup> ‘Udzielamy przebaczenia i prosimy o nie’, siehe: ‘Oredzie biskupow polskich do biskupow niemieckich’, Materiały i Dokumenty, Warszawa 1966.

<sup>16</sup> Siehe: Jan Jozef Lipski, ‘Dwie Ojczyzny-Dwa Patriotyzmy. Uwagi o Megalomanii Narodowej i Ksenofobii Polakow, in: Powiedzcie Sobie wszystko, Eseje o Sasiedztwie Polsko-Niemieckim, Wydawnictwo Polsko-Niemieckie, Warszawa 1996.

<sup>17</sup> Ebenda.

<sup>18</sup> Ebenda.

gen, hatten sie doch selbst Teilungen erfahren.<sup>19</sup> Auch für die ostdeutsche Situation angesichts der sowjetischen Dominanz hatte man Einfühlungsvermögen. Doch der wichtigste Schritt von der offiziellen kommunistischen Parteilinie weg erfolgte in Bezug auf das zeitgenössische Deutschland. Gewürdigt wurden die Anstrengungen, die Bundesrepublik demokratisch zu gestalten und in Westeuropa zu integrieren, weil damit der Einfluß des Revisionismus eingeschränkt wurde. Über die Härte und Grausamkeiten bei der Vertreibung der Deutschen aus dem heutigen Westpolen am Ende des Krieges wurde diskutiert, und diese Aktionen wurden sogar verurteilt.<sup>20</sup>

### **Zur polnisch-deutschen Situation in der Nachkriegsära**

Die Belastung der polnisch-deutschen Beziehungen seit dem Zweiten Weltkrieg hatte zwei hauptsächliche Quellen: einen Konflikt der Interessen und einen ideologischen Antagonismus.

Das überraschende Moment, das die polnisch-deutsche Versöhnung für viele Jahre nach dem Krieg so schwierig machte, war der Interessenkonflikt, den vorrangig die Siegermächte geschaffen hatten. Die Entscheidungen, die das „Potsdamer Abkommen“ vorsah, versetzten Deutschland und Polen in ein potentiell antagonistisches Gefüge. Die ‚Großen Vier‘ kamen überein, daß Polen die Hälfte seines Territoriums an die Sowjetunion verlor. Dafür erhielt es aber eine Kompensation durch die Ausweitung westwärts an die Flüsse Oder und Neiße. Millionen Polen, die sich dort befanden, wo jetzt die Sowjetunion war, mußten oder wollten im territorial neu definierten kommunistischen Polen umsiedeln. Um Raum zu schaffen für die Polen, die aus dem Gebiet östlich des Flusses Bug kamen, der die neue Grenze zur Sowjetunion war, wurden Millionen Deutsche aus den von Polen neu erworbenen Gebieten ausgewiesen. Außerdem wurde die aufkommende Teilung Deutschlands von all jenen in Polen begrüßt, die deutsche Revisionsforderungen fürchteten, vor allem die kommunistische Regierung.

Der polnisch-deutsche Interessenkonflikt wurde bald durch ideologische Feindschaft zwischen der kommunistischen Regierung in Polen und der konservativen westdeutschen Regierung noch erheblich verstärkt. Beide waren in ihren Blöcken fest integriert. Und in der Tat trug die polnisch-(west)deutsche Animosität wesentlich zur ideologischen Teilung Europas bei. Die vom polnischen Volk abgehobene PVAP, die vor allem von sowjetischen Panzern gestützt wurde, nutzte die populären antideutschen Gefühle. Ihre Propaganda zielte darauf ab, einen ‚Belagerungskomplex‘ innerhalb der Gesellschaft zu schaffen.<sup>21</sup> Die Kommunisten glaubten, daß

<sup>19</sup> ‚Niemcy i Polska‘, Kultura, No 370/371, auch zu finden in: Osteuropa, Februar 1978, ‚Polen und Deutschland‘.

<sup>20</sup> Jan Jozef Lipski, a.a.O.

<sup>21</sup> Dies wurde in allen möglichen Sphären des sozialen Lebens manifestiert, in denen die Kommunisten einige Kontrolle ausübten. Beispielsweise wurde der Geschichtsunterricht

so eine entfremdete Bevölkerung in den Westgebieten Polens um das kommunistische Konzept zu vereinen sei. Dessen Kern bestand darin, daß die sowjetischen Garantien für die Oder-Neiße-Grenze jederzeit zurückgezogen werden könnten, wenn sich die Polen als unzuverlässig erwiesen und nicht die kommunistische Partei unterstützten.

Auch internationale Entwicklungen schienen zu belegen, daß Polen bedroht blieb und seine westlichen Grenzen jederzeit angefochten werden konnten. Am 6. März 1946 hatte Churchill in Fulton verkündet, daß jener Teil der Potsdamer Vereinbarung, der die polnische Westgrenze betraf, revidiert werden sollte. Sechs Monate später äußerte sich der US-amerikanische Außenminister Byrnes in dem Sinne, daß die Grenzregelungen von Potsdam nichts anderes als zeitweise Vereinbarungen seien.<sup>22</sup> Hinzu kam, daß die bundesdeutschen Regierungen unter Adenauer und nachfolgend unter Erhard es vorzogen, eine harte Linie einzunehmen und die territorialen Veränderungen Deutschlands überhaupt nicht anzuerkennen.<sup>23</sup>

Es hat wenig Sinn, die damals existierenden internationalen Umstände zu vereinen, welche die polnischen und bundesdeutschen Regierungen in eine höchst antagonistische Position zueinander stellten. Doch erklärt dies allein noch nicht völlig die Gründe jener distanzierten Haltung in der polnischen Gesellschaft, die stark den späteren Kurs der polnisch-deutschen Beziehungen beeinflusste. Die kollektive Erinnerung an die Schrecken des Zweiten Weltkriegs sowie die Verurteilung Deutschlands und der Deutschen waren in Polen viele Jahre nach dem Krieg erkennbar. Zu berücksichtigen ist, daß die deutschen Besatzungskräfte in Polen sich nicht so verhielten, wie sie es beispielsweise in Frankreich taten. Sechs Millionen Polen, 20% der Gesamtbevölkerung, verloren von 1939 bis 1945 ihr Leben. Ein Großteil der Opfer waren Zivilisten, die nicht in militärischen Aktionen starben, sondern ausgerottet, ermordet wurden oder einfach an Hunger starben. Beinahe jede Familie in Polen war von den Schrecken der deutschen Okkupation betroffen. Die Deutschen waren 1945 in allen Bereichen der polnischen Gesellschaft als *die* belastete Nation angesehen wurden.

---

in den Schulen als ständiger Überlebenskampf der polnischen Nation gegen die deutsche Bedrohung dargestellt. Nationale Feiertage erinnerten an Siege über Deutschland, Unterhaltung gebrauchte oft Themen eines „kriminellen, blutrünstigen und dummen Deutschen“.

<sup>22</sup> Jadwiga Kiwerska, 'W Atmosferze Wrogosci' in: Anna Wolff-Poweska, Hrsg., a.a.O., S. 53.

<sup>23</sup> In der Tat blieb die Grenzfrage bis zum Vertrag vom 14. November 1990 offiziell offen. Allerdings war die Grenze gemäß dem polnisch-deutschen Vertrag von 1970 von der bundesdeutschen Seite temporär anerkannt worden, bis ein anderes Friedensabkommen erreicht würde.



## Die Episkopal-Adresse vom Jahre 1965

Die Adresse der polnischen Bischofskonferenz an die deutschen Bischöfe war der wichtigste nichtformelle Vorgang in den polnisch-deutschen Beziehungen der Periode von 1945 bis 1989. Diese Botschaft enthielt einen Satz von geradezu historischer Bedeutung: „Wir vergeben Euch und wir bitten Euch um Vergebung.“<sup>24</sup> Zugleich argumentierte sie zugunsten der Anerkennung der Nachkriegsgrenze. Im Dokument wurde betont, daß die Grenzfrage nicht in den Kategorien einer Politik der Rache, sondern als Sache des biologischen Überlebens jener Polen aus den polnischen Vorkriegs-Ostgebieten aufgefaßt werden sollte, die ihre Heimstätten verlassen mußten.<sup>25</sup> Die Botschaft war auf Versöhnung mit dem früheren ‚Feind‘ gerichtet. Dies wurde als einzig möglicher Weg gesehen, die Teilung Europas zu überwinden und zu den Werten westlicher Zivilisation zurückzukehren, zu der, wie die Bischöfe voraussetzten, Polen gehört.<sup>26</sup>

Zunächst schien es, daß die Adresse als Initiative scheitere. Die antideutschen Gefühle, aufgetankt mit Erinnerungen an den Krieg, waren in der polnischen Gesellschaft noch immer sehr lebendig. Deren Mehrheit konnte nicht verstehen, was ihnen selbst von den zu Deutschen zu vergeben war, die schließlich jene waren, die den Krieg begonnen und sechs Millionen Polen umgebracht hatten. Auch die bundesdeutsche Reaktion war zumindest kühl.<sup>27</sup> Die PVAP ihrerseits setzte mit der Absicht, aus der ‚durcheinandergebrachten Gesellschaft‘ Vorteil zu ziehen, eine scharfe nationalistische Kampagne gegen das Episkopat in Gang, wobei sie hoffte, dessen generelle politische Position zu unterminieren.

Mit der Zeit erwies sich jedoch die Entscheidung der Bischofskonferenz als außerordentlich wirksam. Obwohl die Botschaft in der Gesellschaft Polens zunächst nicht gut aufgenommen wurde, stimulierte sie einen veränderten Blick auf Deutschland. Dieses erschien nun nicht nur als Kriegführender, sondern auch als ein Opfer des Krieges. Der Geist der episkopalen Initiative war von da an in den meisten Erklärungen der polnischen antikommunistischen Opposition sowohl zu den polnisch-deutschen Beziehungen als auch zu allgemein internationalen Angelegenheiten enthalten.<sup>28</sup> Das gab auch Anlaß, den ganzen Charakter der polnischen Außenpolitik zu überprüfen, denn bis zur Adresse des Episkopats beruhte ein großer Teil ihres

<sup>24</sup> ‘Udzielamy przebaczenia i prosimy o nie.’ Siehe: ‘Oredzie biskupow polskich do biskupow niemieckich’, *Materialy i Dokumenty*, Warszawa 1966.

<sup>25</sup> Hanna Suchocka, ‘Znaczenie oredzia biskupow polskich z 1965 roku dla budowania tozsamosci nowej Europy’, *Przegląd Zachodni*, 96/1.

<sup>26</sup> Ebenda, S. 23 - 26.

<sup>27</sup> Ebenda, S.18.

<sup>28</sup> Siehe: ‘Niemcy a Polska’, *Kultura*, No 370/371. Deutsch in: ‘Polen und Deutschland’, *Osteuropa*, No 2 (Februar 1979); Jan Jozef Lipski, ebenda; Krystyna Kersten, (Jan Bujnowski) ‘Przesiedlenie Niemcow’, *Veto*, nr 16/1988; K. Wolicki (Timur), ‘Niemcy’, *Krytyka*, 1989, S.5.

Selbstverständnisses auf dem ‚Belagerungskomplex‘, einer tragischen Art, sich selbst als ‚ewiges Opfer‘ aufzufassen.

Die allmähliche außenpolitische Neuorientierung in der demokratischen Opposition, die 1965 vom Episkopat ausgelöst worden war, war zum großen Teil kulturell begründet, aber ebenso klar auch rational motiviert. Die Führer der Opposition glaubten, daß Polen solange nicht souverän war, wie die Sowjetunion ihre Grenzen garantierte. Die deutsche Akzeptanz der Grenzen derart zu sichern, wie sie in Potsdam entworfen worden waren, konnte die Rechtfertigung der Sowjetunion zu direkter militärischer Einbindung in Mitteleuropa aufheben. Demgemäß wurde die Versöhnung konditional gesehen: wenn vorauszusetzen war, daß ein vereintes Deutschland nicht die Grenzen anfechten würde sowie der europäischen Integration verpflichtet bliebe. Letzteres sollte einen deutschen Expansionismus zurückzudrängen und den Frieden in der Mitte des Kontinents garantieren.<sup>29</sup>

### **Zur Wirkung der Bischofsbotschaft auf die Regierung**

Unübersehbar war, daß der Dialog zur polnisch-deutschen Versöhnung auf gesellschaftlicher Ebene lief und daß er tiefgehende Auswirkungen auf die Verbesserung der gegenseitigen Verständigung und die Überwindung der künstlichen Teilung Europas hatte. Damit wurde ein bedeutender Beitrag erbracht, den Kalten Krieg zu beenden. Die Bemühungen der Kirche und der demokratischen Opposition Polens, die wechselseitigen Beziehungen nach (West)Deutschland zu verbessern, gaben auch einen wichtigen Anstoß für einen Wandel in den formellen Beziehungen der beiden Staaten. Was die zur Grenzproblematik betrifft, so existierte polnischerseits ein umfassender Konsens zwischen allen politischen Kräften der gesellschaftlichen Eliten. Die Angelegenheit war vom ‚Potsdamer Abkommen‘ endgültig entschieden, und sie sei deshalb als unbestreitbar anzusehen. Auf bundesdeutscher Seite behaupteten die aufeinanderfolgenden konservativen Regierungen, nicht imstande zu sein, mit einer ‚nichtrepräsentativen‘ polnischen Regierung darüber zu verhandeln. Jedoch machte die Adresse des Episkopats für Bonn offenbar, daß eine Versöhnung nicht zu erreichen war, solange die Angelegenheit der Grenze offen blieb.

Die polnischen Kommunisten ihrerseits mußten auf die alternative Version zum nationalen Interesse reagieren, wie sie die bischöfliche Adresse nun darbot. Seit das Argument, daß die sowjetischen Garantien für die Sicherung der Grenze so wirksam wie wünschenswert seien, durch die Logik dieser Botschaft ernsthaft Schaden nahm, sah sich die PVAP genötigt, mehr Unabhängigkeit von Moskau zu suchen und sich zugleich um eine Annäherung zum Westen und speziell zu Deutschland zu bemühen. Ob die Adresse für die Gestaltung der westdeutschen Ostpolitik Bedeutung hatte, ist schwierig festzustellen. Jedoch wurde der Wunsch der polnischen Regie-

<sup>29</sup> ‚Niemcy a Polska‘, Kultura, No 370/371. Deutsch in: ‚Polen und Deutschland‘, Osteuropa, No 2 (Februar 1979).

rung vergrößert, einen Vertrag zur Grenze zu unterzeichnen und sich selbst damit als Wahrer des nationalen Interesses zu präsentieren.<sup>30</sup> Seit 1970 war die PVAP bestrebt, ein mehr westlich orientiertes Vorgehen zu suchen. Verbesserte Beziehungen mit der Bundesrepublik Deutschland nahmen einen wichtigen Platz bei der Schaffung des neuen Images ein.<sup>31</sup> Tatsächlich wurde die Bundesrepublik bald der wichtigste westliche Wirtschaftspartner für Polen. Umgekehrt waren für die deutsche Seite die Beziehungen mit Polen weiter vorangekommen als mit anderen Ländern des Ostblocks. Der Ausnahmezustand in Polen schwächte zwar etwas die „spezielle Beziehung“, erschütterte sie jedoch nicht völlig. Seit 1986 begannen die polnischen Kommunisten erneut hoffnungsvoll auf die Bundesrepublik zu blicken. Allerdings konnten wesentliche Änderungen in den Beziehungen solange nicht erfolgen, wie Polen nicht souverän war und von der kommunistischen Partei allein regiert blieb. Auch hielt die Partei außer der Treue zum Warschauer Pakt an ihrer nichtkooperativen Haltung in der Frage der deutschen Vereinigung fest.

### **Die Grenzfrage nach 1989**

Der Übergang der Macht an die polnische demokratische Opposition 1989 und deren Rolle bei der Neuorientierung der Außenpolitik Polens - weg vom sowjetischen Block und hin zur westlichen Welt - verstärkte auch die Hoffnungen auf eine andauernde Verbesserung der Beziehungen mit dem nächsten westlichen Nachbarn. Diese Erwartungen erhielten zusätzliche Nahrung durch die große Zahl wichtiger politischer Persönlichkeiten, die gerade für ihre aktive Rolle im polnisch-deutschen Versöhnungsprozeß bekannt waren, und die jetzt Regierungsverantwortung übernommen hatten. Die neue polnische Regierung unterstützte die deutsche Vereinigung und anerkannte den Status der deutschen Minderheit in Polen. Der neue polnische Ministerpräsident Mazowiecki, vorher ein Führer der Oppositionsbewegung der katholischen Intelligenz, umarmte Kanzler Kohl während einer zweisprachigen katholischen Messe in Krzyzowa am 14. November 1989 öffentlich als Geste der Versöhnung. Es schien, daß die zwei hauptsächlichen Momente des polnisch-deutschen Antagonismus, der Konflikt in den Interessen und die ideologische Feindschaft, davondrifteten und daß eine Ära der Partnerschaft aufkam. Der Vergleich der polnisch-deutschen Beziehungen mit dem französisch-deutschen Verhältnis wurde zu einem immer wieder genutzten Motiv in öffentlichen Reden und politischen Kommentaren.<sup>32</sup> Dessenungeachtet kehrten aber bald die alten Dinge in neu-

<sup>30</sup> Der Vertrag wurde schließlich am 7. Dezember 1970 unterzeichnet, doch dieser offensichtliche Erfolg verhinderte nicht das Ende der Gomulka-Herrschaft, der infolge der inneren Unruhen abtreten mußte.

<sup>31</sup> Bogdan Koszel, 'Miedzy Dogmatyzmem a Pragmatyzmem', in: Anna Wolf-Poweska, Hrsg., a.a.O., S. 94-96.

<sup>32</sup> 'Ohne die deutsch-französische Freundschaft wäre es unmöglich, den Prozeß der Einigung Europas voranzubringen, ohne deutsch-polnische Partnerschaft ist es nicht mög-

em Gewande wieder. Sie rächten sich mit der Vergiftung des Klimas polnisch-deutscher Beziehungen und stellten die Möglichkeit ständiger Partnerschaft ernsthaft in Frage. Deutschland vereinigte sich, doch die polnische Westgrenze blieb weiterhin nicht anerkannt. Eine Friedenskonferenz fand nicht statt. Zu diesem Zeitpunkt wurde die Frage nach der Grenze auf polnischer Seite verstärkt dadurch aufgeworfen, da es in Warschau nun eine legitimierte und repräsentative Regierung gab, die von den Deutschen eine Anerkennung der Grenze noch *vor* der Vereinigung forderte. Die Regierung Kohl aber äußerte weiterhin, daß die Grenze nur durch eine künftige Regierung des vereinigten Deutschland bestätigt werden könne. Gleichzeitig schien die bundesdeutsche Regierung zunehmend auf Tuchfühlung zur Sowjetunion zu gehen. Dies ließ alte Ängste unter den Polen über eine deutsch-russische Verständigung aufkommen, die über ihre Köpfe hinweg verhandeln würde. In diesem Kontext war es keine gute Entscheidung, das Treffen zwischen dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse und Bundesaußenminister Genscher am 12. Juni gerade in Brest abzuhalten, wo im Jahre 1939 die Truppen der Sowjets und der Nazis zusammentrafen und damit die Unterwerfung Polens vollendeten.

In der Bundesrepublik Deutschland wurden die polnischen Forderungen von der FDP und der SPD unterstützt. International fand Polen vor allem bei Frankreich volles Verständnis für sein Anliegen gegenüber der deutschen Regierung.<sup>33</sup> Die USA, Großbritannien und die Sowjetunion machten klar, die Sache müßte gemäß dem gegebenen status quo gelöst werden; der tatsächliche Zeitpunkt der endgültigen Regelung sei jedoch außerhalb ihrer Einflußnahme. Während der stürmischen Ereignisse zwischen dem Fall der Berliner Mauer und der formellen deutschen Vereinigung spielte das Problem der polnischen Westgrenze eine bedeutende und zugleich destruktive Rolle. Der polnisch-deutsche Dialog geriet durcheinander. Andere internationale Akteure, die sich in der deutschen Vereinigung engagierten, nutzten ebenfalls bei verschiedenen Gelegenheiten das Argument zum eigenen Vorteil gegenüber der deutschen Regierung. Dennoch setzte Bundeskanzler Kohl seine ungewöhnlich harte Linie in der polnischen Angelegenheit fort. Er riskierte sogar eine Koalitionskrise und das Anwachsen internationaler Befürchtungen, was zu einer ernsthaften Störung des Vereinigungsprozesses hätte führen können. Obwohl die Gründe für Kohls Linie letztlich unklar sind, scheint es mir, daß sie hauptsächlich innenpolitischer Natur waren. Kohl hatte Forderungen der Vertriebenen zu besänftigen und in diesem konkreten Moment auch den nationalistischen Mantel übergezogen. Jedoch gelang es ihm noch rechtzeitig, die äußere Rechte in der CDU/CSU als Bremser der Einigung darzustellen, während er sich selbst als „Kanzler der Einheit“ präsentierte. Auch scheint Kohls rechtliches Argument ernsthaft gewesen zu sein,

---

lich, sie zu vollenden.’ - Erklärung der deutschen Regierung ( Deutschland-Archiv’ 7/ 1990, S.1135).

<sup>33</sup> Siehe: Horst Teltschik., 329 Dni - Zjednoczenie Niemiec w Zapiskach Doradcy Kanclerza, Oficyna Panda, Warszawa 1992, S.136-137.

denn unmittelbar nach vollzogener Vereinigung wurde der Grenzvertrag verhandelt und am 14. November 1990 auch unterzeichnet, genau ein Jahr nach der bedeutenden Versöhnungsgeste von Krzyzowa.

### **Rationale Erklärung und ihre Kritik**

Für die Regierung Mazowiecki war die Grenzfrage zweifellos höchst bedeutsam. Dabei ist interessant, daß auch diese Regierung nicht den deutschen rechtlichen Argumenten traute und Kohls Manövrieren als Versuch aufgefaßt wurde, die Frage offen zu halten. Diese Sicht hatte weitreichende Wirkungen auf die polnische Außenpolitik, und sie hatte tiefgreifende innenpolitische Implikationen. Die selben Personen, die vorher eine Alternative zur kommunistischen Sicht auf die deutschen Angelegenheiten entwickelt hatten, um damit von der scheinbar unausweichlichen sowjetischen Dominanz wegzukommen, stoppten nun den Abzug sowjetischer Truppen von polnischem Boden. Auch das Ableben des Warschauer Paktes wurde nun gerade durch polnischen Bedenken verlangsamt. Das Gefühl der Unsicherheit war angesichts des Balanceaktes zwischen der Sowjetunion und Deutschland das ganze Jahr 1990 über in Polen sehr stark. Die alten Kategorien außenpolitischen Denkens beeinflussten auch das Schrittmaß der inneren Reformen und führten in dieser Periode eindeutig zu deren Verlangsamung. Die polnische Armee und die wissenschaftlichen Strukturen wurden nicht reformiert. Polen, das im sowjetischen Block das erste Land mit einer nichtkommunistischen Regierung gewesen war, wurde nun das letzte, das demokratische Wahlen abhielt. Das Amt des Präsidenten blieb in der Hand von General Jaruzelski, also jener Person, die direkt für die antidemokratischen Ausnahme Gesetze verantwortlich war. Obwohl die Gründe für diese negativen Entwicklungen sicherlich vielfältig waren, spielte das Gefühl eine wichtige Rolle, es sei notwendig, angesichts der äußeren Instabilität die inneren Kräfte zu konsolidieren.

*Rational Choice*-Anhängern mag diese Entwicklung als eine perfekte Entsprächung ihrer Theorie erscheinen. Sie könnten feststellen, die polnische Opposition habe zwar ein alternatives Modell der *raison d'état* theoretisch konstruieren können, doch habe es sich als unerfüllbar erwiesen. Statt dessen war die neue Regierung schnell dabei anzuerkennen, daß die sowjetische Einbindung in Mitteleuropa die beste Garantie zur Erhaltung von Polens Westgrenze war. Ebenso ließe sich argumentieren, daß mit dem Verschwinden der Bipolarität nun Europa auf dem Weg „zurück in die Zukunft“<sup>34</sup> sei und Polen dabei keine andere Wahl bliebe als ein Balanceakt zwischen einem vereinigten und starken Deutschland und einer geschwächten Sowjetunion. Leider erwies sich diese Sicht nicht nur für Theoretiker der Disziplin der Internationalen Beziehungen als nicht besonders attraktiv, sondern auch für

---

<sup>34</sup> John Mearsheimer, 'Back to the Future: Instability After Cold War, International Security, no.1 ( Summer 1990).

ein unreformiertes polnische Außenministerium, das an der Linie festhielt, mit der es über Jahre vertraut war.

Die Nachteile des eben dargelegten Kalküls waren mehr als offensichtlich. So bündig auch das Konzept vom „Zurück in die Zukunft“ erschien, so zeigte sich doch als stärkstes Defizit, daß es alles andere als rational war. Das Europa von 1989 war nicht dasjenige von 1918. Die Bundesrepublik Deutschland hatte mittlerweile etablierte und feste Traditionen der Demokratie, es blieb den verschiedenen multilateralen Organisationen verpflichtet und stärkte noch seine Bindungen. Die Tatsache, daß der deutschen Einigung unmittelbar das Maastricht-Abkommen folgte, demonstrierte die feste deutsche Einbindung in eine europäischen Integration. Die Sowjetunion war in ihrer imperialen Politik ermüdet. Sie strebte nicht gerade dort nach Verwicklungen, wo sie ihre Interessen nicht mehr hinlenken konnte. Auch die polnische Regierung bekräftigte nach anfänglichem Schwanken, daß die Neubestimmung ihrer Außenpolitik für eine Integration in den Westen irreversibel war. Tatsächlich schwankte Polen während des ganzen polnisch-deutschen Disputs nicht darin, die Fortsetzung der deutschen NATO-Zugehörigkeit zu unterstützen.

Die in der Grenzsache ziemlich unflexible Position der polnischen Regierung, die sie während der Zeit von 1989/90 an den Tag legte, war nicht durch 'objektive' internationale Umstände bestimmt, sondern durch die Trägheit des bürokratischen Mechanismus, die mangelnde Erfahrung der neuen Regierung und vor allem durch kulturelle Faktoren. Die Tatsache, daß viele unter den nichtkommunistischen Politikern, eingeschlossen der Premier- und der Außenminister, während der Zeit, in der sie zur Opposition gehörten, am Prozeß der polnisch-deutschen Versöhnung beteiligt waren, half zwar, ein neues Klima in die bilateralen Beziehungen zu bringen. Dennoch erwies sich bald, daß dies nicht ausreichte, als schwierige Fragen auf den Verhandlungstisch kamen.

Die Routineverhandlungen und diplomatischen Operationen der bundesdeutschen Regierung wurden von der polnischen öffentlichen Meinung als ungerechtfertigt angesehen. Die vorherrschenden Erfahrungen der Kriegszeit überdeckten einfach alles. In der öffentlichen Sichtweise, die normalerweise solche politischen Geschäfte ohne größere Anteilnahme hinnahm, wurde das für unpassend gehalten, wenn es um Deutschland ging. Von polnischer Seite aus war die Angelegenheit einfach nicht verhandelbar, denn keine der politischen Kräfte in Polen würde jemals den existierenden territorialen status quo mit Deutschland als einen Verhandlungsgegenstand ansehen. Die Alternative zur kommunistischen Version des nationalen Interesses, die vom Episkopat ausgegangen und dann von der antikommunistischen Opposition weiterentwickelt worden war, blickte nach Westen und befürwortete die Versöhnung mit Deutschland. Aber sie stand auch in der Grenzfrage fest entschlossen da und bekräftigte, daß dies kein Thema für Verhandlungen war.

Für die polnische Seite hatte die Position von Bundeskanzler Kohl in zweifacher Hinsicht einen negativen Effekt. Zum ersten unterminierte die Verschiebung der endgültigen Regelung der Grenze durch die Regierung der Bundesrepublik die gan-

ze Konstruktion eines ‚neuen‘ nationalen polnischen Interesses. Das galt speziell für die Absicht, Polen fest in den Westen zu integrieren. Zweitens lenkte diese Debatte die Aufmerksamkeit der polnischen Regierung von den inneren Reformen ab. Inmitten der heimischen Schwierigkeiten und mit dem Gegengewicht der kommunistischen Partei hatte Premierminister Mazowiecki keine andere Wahl, als die vertraute ‚deutsche Karte‘ zu spielen.

## Schlußbemerkungen

Das Gewicht kollektiver Erinnerungen beim Formulieren und Verwirklichen der polnischen außenpolitischen Ziele gegenüber Deutschland und folgerichtig auch gegenüber dem Westen war außergewöhnlich stark. Dabei traten immer wieder drei Punkte hervor.

Die pessimistischen Beurteilungen der Perspektiven einer kooperativen Nachbarschaft in der polnischen Öffentlichkeit sind vor allem von der negativen Wahrnehmung Deutschlands während des Zweiten Weltkriegs geprägt. Dazu wurden sie von der Logik des „natürlichen Antagonismus“ verstärkt, den die Vertreter der prosojetischen Linie absichtlich schufen, um ihre eigenen Interessen zu fördern. Einmal etabliert verändert sich eine historische Erinnerung nicht so leicht wie die Politik einer Regierung. Während die letztere dahin tendiert, sich der Veränderung in der Natur der europäischen Ordnung anzupassen, bleibt die erstere so gut wie unverändert.

Die Debatte um die polnisch-deutsche Grenze in den Jahren 1989/90 zeigt, wie ungeachtet des Wechsels von einer antiwestlichen zu einer prowestlichen Regierung *keine* klare Veränderung in der Haltung gegenüber Deutschland erfolgte. Im Gegenteil. Die subjektiven und emotionalen Auffassungen zur deutschen Politik nötigten die Regierung, in ihrer prowestlichen Linie zu zögern und die inneren Kräfte auf Kosten demokratischer Reformen zu konsolidieren. Die prowestliche Orientierung Polens und die Haltung gegenüber Deutschland beeinflussen sich gegenseitig. Keine polnische Regierung kann es sich leisten, die Beziehungen mit Deutschland zu gefährden und gleichzeitig zu hoffen, daß die Integration mit dem Westen fortgesetzt werden kann. Es ist wahrscheinlich korrekt, daß es vor allem die Perspektive, vom Westen isoliert zu werden, war und weniger die Rücksicht auf Deutschland, die das polnische Episkopat und die antikommunistische Opposition motivierte, eine Annäherung mit Deutschland zu suchen.

Nach dem anfänglichen Zögern wird die prowestliche Orientierung der polnischen Regierung in vorhersehbarer Zukunft nicht mehr umgekehrt werden, was auch bedeutet, daß die Regierung fortfahren wird, engere Kooperation mit Deutschland anzustreben. Die polnisch-deutsche Annäherung wird durch keinen Regierungswechsel gefährdet. Das gilt vor allem, seit durch die endgültige Regelung der Grenze die ‚deutsche Frage‘ politisch nicht mehr im Innern Polens ausgenutzt werden kann. Doch mit dem Wissen darüber, daß öffentliche Haltungen auch weiterhin die Ent-

wicklungen stören können, werden beide Regierungen entschieden darin fortfahren müssen, die Ansicht der polnischen Öffentlichkeit über Deutschland und die deutsche Sicht auf Polen zu beeinflussen.<sup>35</sup> Das zeigte sich u.a. im polnisch-deutschen Jugendaustausch, bei gemeinsamen universitären Projekten und anderen Formen der Zusammenarbeit, die von der Regierung gefördert werden. Andererseits erfolgten ungeachtet dieser von der Regierung unterstützten Aktionen auch neue interessante Entwicklungen an der „gesellschaftlichen Basis“, so z. B. die Kooperation von Polen und Deutschen an der polnisch-deutschen Grenze, wo die wechselseitige Bewegung der Menschen bereits die Kapazität der Grenzabfertigungen überschritten hat. Leider geschah das aber nicht dank gegenseitiger ‘kultureller Attraktivität’, sondern mehr infolge pragmatischer ökonomischer Kalkulationen. Auf der polnischen Seite wurde das Grenzgebiet in einen gewaltigen Markt verwandelt, den täglich Tausende von Deutschen besuchen, die es billiger finden, auf der Ostseite der Oder einzukaufen. Die nach Deutschland reisenden Polen suchen ihrerseits hochwertige Konsumgüter. Viel Austausch findet als Geschäft statt und führt zu einem ‚Flaschenhals‘-Syndrom an den Übergängen.<sup>36</sup> Jedoch sollte man auch hier ein Achtungszeichen setzen. Intensivierter Handelsaustausch bringt Profite, zur selben Zeit aber auch soziale Beunruhigung. Daß Deutsche gern in Polen einkaufen, ist sicherlich gut für die Entwicklung der polnischen Wirtschaft, aber es hilft kaum, mit der hohen Arbeitslosigkeit, speziell in den ostdeutschen Ländern, fertigzuwerden. Außerdem tragen solche wirtschaftliche Trends nicht unbedingt zu Veränderungen der gesellschaftlichen Haltungen bei, die eher dahin tendieren, sich proportional zum Wechsel der Generationen zu entwickeln, und das ist gewiß ein reichlich langer Weg.<sup>37</sup>

Die Zukunft der gegenseitigen polnisch-deutschen Wahrnehmung wird sicherlich mehr von zwischengesellschaftlichen Entwicklungen als von jenen Aktionen abhängen, die von den Regierungen gefördert werden. Wichtig werden dabei auch jene soziologischen Untersuchungen sein, die die konkreten Kontakte zwischen der Bevölkerung auf beiden Seiten des Oderflusses beobachten.

---

<sup>35</sup> ‘Niemcy - Polska, Osiem Lat Wspolnej Drogi’, Rzeczpospolita, 20.11.97.

<sup>36</sup> Als Analyse der grenzüberschreitenden Kooperation siehe: Ann Kennard, ‘Trans Border Co-operation on the Oder-Neisse Line’, German Politics, vol. 4, April 1994, No. 1.

<sup>37</sup> Ludwik Janiszawski., Niemcy w Swiadomosci Polakow. Rys Socjologiczny, Szczecin 1995, S. 61-68.